Erdölraffinerie

T. RAUPACH / ARGUS

STEUERREFORM

Benzinpreis rauf?

Bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuß über die Steuerreform wirbt CDU-Unterhändler Hans-Peter Repnik für einen Kompromiß, der auch die Senkung des Solidaritätszuschlags vorsieht. Danach wird die Mineralölsteuer um zehn Pfennig und die Mehrwertsteuer um einen Punkt erhöht. Das schafft Luft, die Beiträge zur Renten- und zur Arbeitslosenversicherung um je einen Prozentpunkt zu senken. Die Union hofft, daß die Sozialdemokraten dies kaum ablehnen können, weil es ihren eigenen Forderungen entspreche. Mehreinnahmen, die dadurch entstehen, daß einige Steuervergünstigungen, wie die für die Rückstellungen von Kernkraftwerksbetreibern, gestrichen werden, könnten die Senkung des Solidarzuschlags ermöglichen. Das mache den Kompromiß auch für die Liberalen attraktiv. Einigung ist inzwischen bei der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer in Sicht. Die FDP hat ihren Widerstand gegen SPD-Forderungen aufgegeben, eine Einnahmegarantie für die Gemeinden in Artikel 28 des Grundgesetzes festzuschreiben.

PRESSEAMT

Chefs über Kreuz

Der Dauerkonflikt zwischen dem Chef des Bundespresseamtes (BPA), Staatssekretär Peter Hausmann, und seinem Vize Wolfgang Gibowski setzt sich mittlerweile auf Abteilungsleiter-Ebene fort. Nachdem es drei der fünf Abteilungsleiter für unzumutbar gehalten hatten, sich zur wöchentlichen Lagebesprechung unter Leitung des von Hausmann kaltgestellten Gibowski einzufinden, stellte der Regierungssprecher ihnen die Teilnahme frei. Folge: Seit Ende Mai hat in der Propagandazentrale keine Leitungsbesprechung mehr stattgefunden. „Unmöglich, das gibt's in keiner Behörde", kritisiert ein Abteilungsleiter.

Über Kreuz sind die Chefs spätestens seit Gibowskis Versuch, das Kanzleramt gegen Hausmanns Reorganisationspläne im BPA zu mobilisieren. Inzwischen ist der versierte Meinungsforscher Gibowski, den Kanzler Helmut Kohl 1991 von der Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen" ins Presseamt holte, auch bei Hofe nicht mehr gelitten. Hausmann würde ihn gern los, doch offenkundig scheut sich die Regierung im Vorfeld der Bundestagswahl 1998, den 55jährigen Ministerialdirektor in den Frühruhestand zu schicken.

J. H. DARCHINGER

Gibowski

S. MÜLLER-JÄNSCH / MELDE PRESS

Hausmann

CHRISTDEMOKRATEN

Radikaler Rundbrief

Die Berliner CDU-Kreisverbände Charlottenburg und Zehlendorf wollen im August entscheiden, welche Sanktionen sie gegen ihre Mitglieder Georg Klaffus und Ortwin Kuhn verhängen. Die beiden Christdemokraten hatten in einem Rundbrief an alle Kreisverbände im Bundesgebiet gegen Zahlungen für Ausländer, Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge polemisiert und die „großzügige Finanzierung Israels" kritisiert. Es sei, so steht es in dem Brief, „endlich an der Zeit, den pathologischen Philosemitismus unserer Politiker beim Namen zu nennen". Der Philologe Kuhn sitzt im Vorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der Berliner CDU und organisiert den konservativen „Wannseekreis"; Klaffus ist Justitiar bei der Senatorin für Arbeit und Frauen. Die Liste der möglichen Sanktionen gegen die beiden Briefeschreiber reicht von der einfachen Verwarnung bis zum Parteiausschluß. Die Parteiführung in Berlin steht unter Druck: Sowohl die Berliner Jüdische Gemeinde als auch CDU-Generalsekretär Peter Hintze drängen auf Klärung. Mit einem Rausschmiß ist jedoch kaum zu rechnen. Denn Klaffus und Kuhn können auf Rückendeckung durch den rechten Flügel der Partei hoffen, der in Berlin traditionell sehr stark ist.